

Frankreich vor den Wahlen 2022

IN ABLEHNUNG
VEREINT?Rechte Parteien in Frankreich und ihr Blick
auf die Europäische UnionNicolas Lebourg
März 2022FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Die Wähler_innen rechter Parteien in Frankreich blicken gerne auf die zehnjährige Ära Sarkozys von 2002 bis 2012 zurück, auch wenn diese sich durch »die unmögliche Synthese zwischen Neoliberalismus und Nationalismus«¹ auszeichnete. Seit dem Ende dieser Phase ist es den rechten Parteien des Landes schwergefallen, einen klaren Kurs gegenüber der EU festzulegen. Die Partei *Les Républicains* (LR, das französische Gegenstück zur CDU/CSU) hatte im Jahr 2017 mit François Fillon einen Präsidentschaftskandidaten ins Rennen geschickt, der Ordoliberalismus auf der einen, und nationalstaatliches Selbstbewusstsein auf der anderen Seite in Einklang zu bringen versuchte. Aus den LR-internen Vorwahlen im Dezember 2021 ging mit Valérie Pécresse nun eine traditionellere rechte Präsidentschaftskandidatin hervor. Bereits in den Debatten im Vorfeld der Vorwahlen war in Bezug auf das Thema Europa allerdings ein gewisses Unbehagen spürbar. Der in der Vorwahl unterlegene LR-Kandidat Michel Barnier, früherer EU-Kommissar und Brexit-Chefunterhändler, hatte sich etwa für die »rechtliche Souveränität« Frankreichs gegenüber der Europäischen Menschenrechtskonvention und dem Europäischen Gerichtshof ausgesprochen.

Das rechtsextreme Lager in Frankreich ist inzwischen zweigeteilt. Zum einen ist hier Marine Le Pen, die zum nunmehr dritten Mal in Folge für die Partei *Rassemblement National* (RN, bis 2018 *Front National* (FN)) kandidiert. Zum anderen ist der ehemalige Journalist und erfolgreiche Fernsehpolemiker Éric Zemmour mit ins Rennen um die Präsidentschaft eingestiegen, nachdem er im Dezember 2021 seine eigene rechtsextreme Partei, *Reconquête!* (R!, »Rückeroberung«), gegründet hatte. Deren programmatischen Kernelemente sind die kontinuierliche Thematisierung des auf einer rechtsextremen Verschwörungserzählung basierenden, angeblichen »Großen Austauschs«² sowie die

Islamfeindlichkeit. Damit erinnert er durchaus an die FN der 1990er-Jahre.

In aktuellen Umfragen zur Wahlabsicht bei den Präsidentschaftswahlen liegt Le Pen bei zwischen 18 und 20 Prozent, Zemmour bei um die 13 Prozent und Pécresse bei 10 bis 11 Prozent. Noch ist es jedoch zu früh für Voraussagen zum Wahlausgang. Eine Bestandsaufnahme der Haltungen der drei rechten politischen Parteien zur Europäischen Union kann aber durchaus vorgenommen werden. Tonangebend ist dabei das *Rassemblement National*, von dessen Kandidatin Marine Le Pen lange Zeit fest davon ausgegangen wurde, dass sie Amtsinhaber Emmanuel Macron in der Stichwahl gegenüberstehen würde. LR und R! sind deshalb bemüht, ihre europapolitische Identität sichtbar zu machen, um dem RN auf diese Weise Wähler_innen abzugewinnen.

RASSEMBLEMENT NATIONAL

Die Vorgängerpartei der RN, die FN, war nationalistisch, aber nicht souveränistisch eingestellt. So sprach sie sich etwa ursprünglich für die Europäische Währungsunion ECU aus. Während der Legislaturperiode 1986–1988 – der einzigen, in der Abgeordnete der (damals noch) Front National (FN) in der französischen Nationalversammlung vertreten waren – beteiligte sich die Partei jedoch nicht an den Debatten über das Europäische Währungssystem (EWS) und enthielt sich auch bei der Abstimmung über die Einheitliche Europäische Akte (EEA). Andererseits sprach sich der damalige Parteivorsitzende Jean-Marie Le Pen für eine gemeinsame europäische – sowohl konventionelle als auch nukleare – Verteidigung aus.

1 Richard, Gilles (2017): *Histoire des droites en France de 1815 à nos jours*, Perrin, Paris, S. 472–503.

2 Dieses Syntagma, das zu einer Art Leitmotiv für Éric Zemmour geworden ist, wurde vor etwa zehn Jahren vom Schriftsteller Renaud Camus eingeführt. Dahinter steckt die Idee, dass Einwanderer_innen aus Afrika im Rahmen einer demografischen Bewegung, die von den »globalistischen« Eliten unterstützt wird, die weiße Bevölkerung europäischen Ursprungs ersetzen. Das Thema existiert bereits seit Langem, allerdings war es traditionell eher antisemitisch als islamfeindlich orientiert. Vgl. auch Lebourg, Nicolas (2019): *Les Nazis ont-ils survécu?*, Seuil, Paris.

Eine Ablehnung gegenüber der EU zeichnete sich erst ab dem Vertrag von Maastricht ab. Dabei entwickelte sich diese Ablehnung parallel zu einer zunehmend anti-amerikanischen Haltung. Die FN nahm gegenüber den USA zunehmend eine Position ein, welche auf der radikalen Vorstellung fußt, dass die Transnationalisierung der Welt sowie die amerikanische Unipolarität letztlich einer Unterjochung der Welt durch diese gleichkäme. Da die Kritik an der EU als eine dem kapitalistischen Globalismus unterworfenen, postdemokratischen Technokratie zunehmend abgenutzt zu wirken und zu verfallen drohte, sah sich die Partei gezwungen, ihre europakritische Haltung kontinuierlich radikalieren.³

In ihrem Programm zur Präsidentschaftswahl im Jahr 2012 konstatierte die Partei der damals frisch gewählten Parteivorsitzenden Marine Le Pen, dass das EWS für die Zerstörung des französischen Sozial- und Industriemodells verantwortlich sei, und forderte die »Rückkehr zu den nationalen Währungen«. Diese Positionierung folgte jedoch nicht nur bestimmten finanz- und wirtschaftspolitischen Annahmen bzw. Überzeugungen. So stellte Le Pen den sogenannten Globalismus überdies als ein Phänomen dar, welches sowohl Globalisierung als auch Postmodernismus umfasse. Die EU, so argumentierte sie, verkörpere ein »ultraliberales, kommunitaristisches Modell nach amerikanischem Vorbild«, aus dem neue Menschen, Nomad_innen, entstünden. Letztlich handele es sich bei ihrem System um eine Art liberalen Totalitarismus. Den Globalismus definierte sie dabei wie folgt:

«Ideologie, die hauptsächlich darin besteht, den Nutzen der Nationen zu bestreiten, diese an die »postmoderne« Welt anzupassen und einen neuen Menschen zu schaffen, eine Art *Homo globalis*, der keinem bestimmten Land zugeordnet ist und als einzige Identität die eines globalen Verbrauchers besitzt [...], um den Menschen aus der Geschichte verschwinden zu lassen.»

Aus dieser Betrachtungsweise heraus rief Le Pen zu einem umfassenden Souveränismus auf, der sich auf Demografie, Kultur, Wirtschaft und Politik erstrecken sollte, um einen Schutzwall gegen diese Einflüsse zu schaffen.⁴

Im Präsidentschaftswahlkampf 2017 warb sie für einen »Frexit«, über den per Referendum abgestimmt werden solle. Weiterhin trat sie ein für die Abschaffung der doppelten Staatsangehörigkeit für Bürger_innen nichteuropäischer Länder und forderte, dass Aufträge der öffentlichen Hand französischen Unternehmen vorbehalten sein sollten.⁵ Zwi-

schon den beiden Wahlgängen traf Marine Le Pen jedoch eine Vereinbarung mit Nicolas Dupont-Aignan von der souveränistischen Rechten, der sich gegen einen Ausstieg aus dem Euro aussprach. Ihre vorherige Position wurde dadurch völlig undurchsichtig: Der Inhalt der Vereinbarung widersprach den Äußerungen Le Pens im Vorfeld des ersten Wahlgangs. Sie behauptete nun der Presse gegenüber, nie gesagt zu haben, Frankreich würde aus dem Euro austreten, und beteuerte, sie sei *für* eine gemeinsame Währung. Bei der Fernsehdebatte mit Emmanuel Macron zog Marine Le Pen das EWS schließlich sogar als Vorbild heran und behauptete, es handele sich bei der gemeinsamen Währung um eine Rückkehr zum ECU, welche eine von Unternehmen verwendete Währung gewesen sei.

Nach diesem Desaster und der Trennung von ihrem souveränistischen Ideologen Florian Philippot wandte sich Marine Le Pen von den Themen EU-Austritt, Euro sowie Europäische Menschenrechtskonvention ab und sprach auch nicht länger vom Aussetzen des Schengener Abkommens. Anlässlich der Europawahl 2019 veröffentlichte sie allerdings eine Broschüre, in der sie das Instrument für Heranführungshilfe ablehnte, die Abschaffung der EU-Kommission forderte und verlangte, die Gesetzesinitiative solle ausschließlich beim Europäischen Rat liegen. Indes müsse das nationale Recht stets Vorrang vor den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs sowie des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte haben. Zudem befürwortete sie in ihrer Wahlwerbung eine Annäherung an Russland,⁶ die Entwicklung Afrikas als Gegenleistung für die Kontrolle über Migrationsflüsse sowie den Verzicht auf die »Schengen-Logik«. Als Entschädigung für »das Einverständnis zur Zollunion«, der die Partei plötzlich zustimmte, sollten französische Unternehmen bei »Aufträgen der öffentlichen Hand« prioritär behandelt werden. Nicht zuletzt unterstrich Le Pen, der Euro diene »in seiner aktuellen Form den Interessen Deutschlands«. Er solle aber beibehalten und im Gegenzug der Anteil der Staatsschulden erhöht werden, die von den Zentralbanken der einzelnen Länder gehalten würden.⁷

Im Gegensatz zu den Einschätzungen der französischen Presse kann keineswegs behauptet werden, die RN habe sich zur EU bekehrt. Vielmehr hat die Partei ihr Programm angepasst, weil die Mehrheit der französischen Wähler_innen einen »Frexit« ablehnt. Zum Thema Euro haben die Europaabgeordneten der RN im Jahr 2020 einen unbeholfen wirkenden Bericht veröffentlicht. In diesem wird behauptet, Frankreich habe aufgrund der hohen Steuern

3 Reungoat, Emmanuelle (2015): « Le Front National et l'union européenne. La radicalisation comme continuité », in: Crépon, Sylvain / Dézé, Alexandre / Mayer, Nonna (Hrsg.): *Les Faux-semblants du Front national*, Presses de Sciences Po, Paris, S. 225–246.

4 Le Pen, Marine (2012): *Pour que vive la France*, Jacques Grancher, Paris.

5 Rassemblement National (2017): *Marine 2017. 144 engagements présidentiels*, <https://rassemblementnational.fr/pdf/144-engagements.pdf>. 2022 gab Marine Le Pen bekannt, auf eine Abschaffung der doppelten Staatsangehörigkeit verzichten zu wollen.

6 Zur Russland-Orientierung der französischen Rechtsextremen siehe: Lebourg, Nicolas (2018): *The French Far Right in Russia's Orbit*, Carnegie Council for Ethics in International Affairs und Foundation Open Society Institute, New York, https://www.carnegiecouncil.org/publications/articles_papers_reports/the-french-far-right-in-russias-orbit/_res/id=Attachments/index=1/Lebourg-EN%20revised%203.pdf.

7 Rassemblement National (2019): *Pour une Europe des nations et des peuples*, Projet – Élections européennes 2019, <https://rassemblementnational.fr/telecharger/publications/programme-euro2019.pdf>.

und der geringen Qualität der im Land hergestellten industriellen Produkte unter dem Euro gelitten, die negativen Folgen der Einheitswährung aber dank der »Leistung mehrerer globalisierter Konzerne und des enormen Beitrags des Tourismus« bewältigen können.⁸ Mit den Reaktionen der EU auf die Corona-Pandemie erklärten sich die beteiligten Europaabgeordneten mehr oder weniger zufrieden. In ihrem Bericht kamen sie zu dem Schluss, »die Aussetzung des Stabilitätspakts« und »die den Staaten erteilte Genehmigung, nationale Beihilfen bereitzustellen«, zeigten, dass angesichts der Krise nur »die Thesen der souveränistischen Kräfte« Bestand hätten.⁹ Im Januar 2022 kündigte Marine Le Pen am ersten Tag der französischen EU-Ratspräsidentschaft an, sie werde als Staatspräsidentin ein Referendum darüber vorschlagen, »den Vorrang des nationalen Rechts vor dem europäischen Recht« in der Verfassung zu verankern.¹⁰ Die praktischen Modalitäten ließ sie dabei zwar offen. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sie eine Verallgemeinerung des Prinzips der konstitutionellen Identität Frankreichs meint, das in Reaktion auf die Verankerung des Vorrangs des EU-Rechts in Artikel 6 des Vertrags über eine Verfassung für Europa (VVE) 2006 durch eine Entscheidung des französischen Verfassungsrats als Reaktion eingeführt wurde und ermöglicht, die Anwendung des Vorrangprinzips rechtlich abzulehnen.¹¹

DIE REPUBLIKANER

Die Haltung Jacques Chiracs zur Europafrage hat sich im Laufe seiner politischen Laufbahn gewandelt. Noch im November 1978 rief er die Französischen und Franzosen auf, die Wahl zum Europäischen Parlament zu boykottieren. 1992 unterstützte er dann den Vertrag von Maastricht und 2005 den VVE. Als Frankreich im Jahr 2000 die EU-Ratspräsidentschaft übernahm, hielt Chirac eine Rede, die den Begriff des »europäischen Aufbaus« zum Mittelpunkt hatte und in der er die Notwendigkeit unterstrich, Europa mit einem diplomatischen Dienst sowie Streitkräften auszustatten.¹² Angesichts der Ablehnung seiner Wähler_innen

gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei erreichte er im Jahr 2005 eine Überarbeitung der französischen Verfassung, die nun vorschreibt, dass über den EU-Beitritt eines jeden Staates per Referendum entschieden werden oder einem solchen eine 60-Prozent-Mehrheit jeder der beiden parlamentarischen Kammern zustimmen muss.¹³ Chirac, der von 1974 bis 2007 die Leitfigur der traditionellen, »republikanischen« französischen Rechten war, hinterließ also ein Europa der Vernunft.

Sein Nachfolger im Präsidentenamt, Nicolas Sarkozy, legte in Bezug auf Europa zunächst eine gewisse Beflissenheit an den Tag. Besonders während der EU-Ratspräsidentschaft Frankreichs im Jahr 2008 strebte er ein machtvolleres Europa an, das in der Lage sein sollte, dort einzugreifen, wo sich für einzelne Staaten Schwierigkeiten ergeben: in der Industriepolitik, Migrationskontrolle, Klimakrise, den Beziehungen zu Russland etc. Sarkozy wettete während seiner Präsidentschaft allerdings auch gegen die EU, welche er für zu technokratisch und ordoliberal hielt. Er plädierte für zwischenstaatliche Lösungen und wies die supranationalen Organe zurück.¹⁴

Sein ehemaliger Premierminister François Fillon, im Jahr 2017 Präsidentschaftskandidat der Republikaner, hatte bei der Entscheidung über den Maastrichter Vertrag mit Nein gestimmt. In seinem Wahlprogramm war fast ausschließlich von zwischenstaatlichen Beziehungen die Rede. An vier Stellen betonte er darüber hinaus, Frankreich müsse »die größte europäische Macht« sein. Fillon schlug eine Fortentwicklung der EU mithilfe verschiedener Gruppen vor: einem »Direktorium« der Länder der Eurozone zur Harmonisierung von Steuern sowie einem gemeinsamen militärischen Engagement durch eine Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland. Ein wichtiger Punkt in Fillons Wahlprogramm waren zudem die Beziehungen zu Russland. Hier vertrat er die Meinung, »Europa [habe] einen historischen Fehler begangen [...], indem es die Ukraine unbedingt dem russischen Einfluss entziehen wollte«. Dieser Fehler mache »jegliche Hoffnung zunichte, Russland als Mitglied eines großen europäischen Wirtschaftsraums zu gewinnen, um eine Vorherrschaft Asiens zu verhindern«.¹⁵

Die heutige Präsidentschaftskandidatin der Republikaner, Valérie Pécresse hat ihre politischen Ideen vor Kurzem in einem Buch vorgestellt. In Bezug auf Europa unterscheidet sich ihre Haltung eindeutig von derjenigen Fillons. Sie betont: »Ich bin an erster Stelle Patriotin, dann Europäerin, obwohl ich davon überzeugt bin, dass europäische Ambi-

8 Délégation Rassemblement National du Groupe Identité et Démocratie (2020): »Zone euro: convergences, divergences et réalités«, in: *Cahiers de la délégation Rassemblement National du Groupe Identité et Démocratie*, <https://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/idgroup/pages/551/attachments/original/1635180441/2020-11-livret-zone-euro-web-light.pdf?1635180441>.

9 Rassemblement National – Délégation im Europäischen Parlament (2020): *Livre noir. La gestion de la crise du coronavirus par l'Union Européenne*, <https://www.id-france.eu/wp-content/uploads/2020/07/livre-noir-covid-def-web.pdf>.

10 Le Pen, Marine in: *France Inter* via *Twitter*, 19.1.2022, <https://twitter.com/i/status/1483708040750714882>.

11 Dubout, Édouard (2010): »Les règles ou principes inhérents à l'identité constitutionnelle de la France: une supra-constitutionnalité?«, in: *Revue française de droit constitutionnel* 83 (3), S. 451–482.

12 Chirac, Jacques (2000): »Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, sur la construction européenne, le rôle politique de l'Union européenne, la réduction des tensions internationales, le maintien de la paix en Europe et dans le monde, la réconciliation entre les peuples des Balkans, le désarmement, la défense européenne, la création d'une force européenne de réaction rapide

et l'ensemble des moyens dont dispose l'Europe pour agir sur la scène internationale«, in: *Élysée*, 30.5.2000, <https://www.elysee.fr/front/pdf/elysee-module-9497-fr.pdf>.

13 République Française (1958): Constitution du 4 octobre 1958. Titre XV: De l'Union européenne (Articles 88-1 à 88-7), in: *Légifrance*, Version gültig seit dem 1.12.2009, https://www.legifrance.gouv.fr/loda/article_lc/LEGIARTI000018077285.

14 Dehousse, Renaud (2012): »Nicolas Sarkozy l'europeen«, in: de Maillard, Jacques (Hrsg.): *Politiques publiques 3. Les politiques publiques sous Sarkozy*, Presses de Sciences Po, Paris, S. 153–166.

15 Fillon, François (2015): *Faire*, Albin Michel, Paris.

tionen für Frankreich unerlässlich sind, auch wenn sie mit Souveränitätsübertragungen einhergehen«. Sie beteuert, dass sie den Euro unterstützt – »ein unentbehrliches Instrument für eine große Wirtschaftsmacht« – und auch den VVE – »eine wunderbare Kathedrale«. Den »Frexit« -Verfechter_innen, die sie als Lügner_innen bezeichnet, steht Péresse eindeutig kritischer gegenüber als ihr Vorgänger. Gleiches gilt für illiberale Staaten: Sie unterstützt nicht nur ausdrücklich die Sanktionen gegen Viktor Orbán, sondern widersprach sogar vehement der Spitze ihrer Partei, als sich ein Großteil ihrer Europaabgeordneten im Jahr 2018 weigerte, den Sanktionen gegen Ungarn zuzustimmen. Des Weiteren warnt Péresse vor der russischen »Entschlossenheit, die Europäische Union zu schwächen« und der »Wirksamkeit der Destabilisierung, die die russischen Netzwerke über das Internet betreiben«. Die Nord-Süd-Beziehungen zählen ebenfalls zu ihren Prioritäten: Als Präsidentschaftskandidatin spricht sie sich sowohl für die »Harmonisierung« des Asylrechts mit einer »gemeinsamen Liste der sicheren Länder« aus wie für die »Entwicklung Afrikas«, die sie zur »Priorität für Europa« erklärt.¹⁶

Ihr Programm ist insgesamt nationaler im Ton. Sie spricht sich für eine CO2-Steuer an den EU-Außengrenzen aus, betont aber, die EU solle sich vor allem um Migrationskontrolle kümmern, u. a. durch die schnellere personelle Aufstockung bei Frontex und einen »Marshallplan für Afrika«. Die französischen Beiträge zum Instrument für Heranführungshilfe (bspw. im Falle der Türkei) will sie anderen Zwecken widmen. Angesichts vermeintlicher »Übergriffe der europäischen Rechtsprechung« betonte sie, dass sie »ohne zu zögern die »konstitutionelle Identität« Frankreichs geltend machen« wolle. Gegenüber ihrer ursprünglichen Position hat sie ihre Haltung in Bezug auf den VVE also eindeutig geändert. Offenbar hat sich die republikanische Rechte in europapolitischen Fragen den Souveränist_innen angenähert.

In Wirtschaftsfragen spricht Péresse von der Harmonisierung der Besteuerung, der Bevorzugung europäischer Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen, dem Green Deal (mit einer CO2-Steuer auf Importe) und der Unterstützung des Aufbaus europäischer Konzerne in sogenannten zukunftsträchtigen Sektoren. Des Weiteren legte sie den Mitgliedstaaten nahe, als Ausgleich dafür, dass Frankreich »den größten Teil der europäischen Verteidigung sichere«, die französische Rüstungsindustrie bevorzugt zu beauftragen. Schließlich hat sie einen originellen Vorschlag auf institutioneller Ebene unterbreitet, der zwischen europäischer Koordination und einer wahrgenommenen Rivalität zwischen Nationalstaat und EU angesiedelt ist: »Jeder meiner wichtigsten Minister bekommt einen Staatssekretär zur Seite gestellt, der die Interessen seines Ministeriums in Brüssel vertreten soll.« Die systematische Betonung des Prinzips der konstitutionellen Identität gemeinsam mit der ambivalenten Darstellung der Beziehungen der Schlüssel-

ministerien zur EU offenbart, dass die republikanische Rechte der Meinung ist, die zentrale Herausforderung für ihre Wähler_innenschaft bestünde aktuell darin, insbesondere in Bezug auf Migration und Gesamtwirtschaft eine stärkere nationale Souveränität zurückzugewinnen.

RECONQUÊTE!

Éric Zemmour macht sich mit seiner neuen Partei *Reconquête!* (R!) die komplizierte Lage der Republikaner zunutze, die zwischen Emmanuel Macron und der RN gefangen sind, und versucht, eine »Union der Rechten« herbeizuführen. Faktisch wäre diese »Union« nichts anderes als der bei den französischen Rechtsextremen seit 1934 diskutierte »nationalistische Kompromiss«, also eine gemeinsame Plattform der unterschiedlichen nationalistischen Strukturen und Gruppen. Sein Europaprogramm muss daher sowohl die ehemalige Nummer zwei der Republikaner, Guillaume Peltier, zufriedenstellen als auch Jérôme Rivière, der den Europaabgeordneten der RN vorsah, den katholischen, islamfeindlichen Souveränisten Philippe de Villiers, der bei der Präsidentschaftswahl 2007 2,23 Prozent der Stimmen erhielt, genauso wie alle anderen Radikalen, die seitdem zu ihm gestoßen sind. Zu Zemmours Umkreis gehören auch Ideologen wie Jean-Yves Le Gallou, der das Prinzip der »nationalen Präferenz« einführen will, indem u. a. Unternehmen das Recht gegeben werden soll, nur Bewerber_innen mit französischer Staatsangehörigkeit einzustellen oder prioritär ausländische Arbeitnehmer_innen zu entlassen.¹⁷ Éric Zemmour will dieses Prinzip auf die Gewährung von Sozialleistungen anwenden.

Zemmours Programm zur EU ist sehr knappgehalten. Lediglich die Themen der strikten Subsidiarität, des Vorrangs des französischen Rechts vor dem europäischen und der Vergabe eines bestimmten Anteils öffentlicher Aufträge an französische Unternehmen greift er darin auf.¹⁸ Weitergehende europapolitische Positionen werden aus seinen Veröffentlichungen sichtbar, in denen er klar für einen illiberalen Souveränismus eintritt. Seiner Meinung nach diene die EU ausschließlich den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und der Invasion durch Einwanderer. Zemmour zeigt sich durchgängig deutschlandfeindlich. So kommentierte er beispielsweise die Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland mit folgenden Worten: »Die Deutschen haben innerhalb eines einzigen Jahrhunderts dreimal entscheidend zum europäischen Selbstmord beigetragen: 1914, 1939, 2015.«¹⁹

¹⁷ Le Gallou, Jean-Yves (1985): *La préférence nationale. Réponse à l'immigration*, Albin Michel, Paris.

¹⁸ Zemmour, Éric (2022): »Europe: Le programme d'Éric Zemmour«, in: Éric Zemmour 2022, <https://programme.zemmour2022.fr/europe>.

¹⁹ Zemmour, Éric (2016): *Un quinquennat pour rien*, Albin Michel, Paris.

¹⁶ Péresse, Valérie / Van Renterghem, Marion (2019): *Et c'est cela qui changea tout*, Robert Laffont, Paris.

Seinen Wahlkampf läutete Zemmour auf der Lesereise für sein neuestes Buch ein, in dem er sein Wahlprogramm vorstellt. In diesem nennt er sich einen »Franzosen der Erde und der Toten«. Er nimmt dabei Bezug auf den nationalistischen Ideologen Maurice Barrès und stellt dieses Konzept einer EU gegenüber, die an den amerikanischen Imperialismus verkauft werde. Er radikalisiert die Linie von François Fillon, indem er das »deutsch-französische Paar« als Mythos bezeichnet, da die EU dazu diene, »es Deutschland zu ermöglichen, seinen 1945 verlorenen Rang zurückzugewinnen«. Angela Merkel bezeichnete er als »amerikanische Gauleiterin«.

Im Gegenzug gratulierte Zemmour Russland dafür, dass es dem »Imperialismus« der NATO standhalte. Illiberalismus und die Ablehnung der EU bilden hier ein dialektisches Ganzes. So lehnt Zemmour den »Verfassungsrat, Staatsrat, Kassationsgerichtshof, Europäischen Gerichtshof und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte« ab, die sich seiner Meinung nach »für oberste Gerichte nach amerikanischem Vorbild halten und im Namen der Menschenrechte die Handlungsfreiheit der Regierungen einschränken«. Er betont: »Rechtsstaatlichkeit und Europäische Union seinen keine Ziele, sondern Mittel.« Paradoxerweise ist er genau deshalb nicht für einen »Frexit«. Unter seinen potenziellen Wähler_innen sind viele Senior_innen und Bürger_innen der wohlhabenden Gesellschaftsschichten, die Marine Le Pen aufgrund ihres Wirtschafts- und Europaprogramms nicht wählen wollen. Einem EU-Austritt zieht Zemmour daher die Neugestaltung der EU vor. Dabei widersprechen seine grundlegenden politischen Ideen den europäischen Texten:

»Es wäre höchste Zeit, dass unser Land aus der Europäischen Menschenrechtskonvention austritt, um ein Zeichen zu setzen, dass es das Schicksal seiner Nation nicht länger der schädlichen Ideologie der Menschenrechte überlässt. Wir müssen das Pleven-Gesetz von 1972²⁰ und alle Gesetze abschaffen, die in dessen Folge einengende Vorschriften zur Nichtdiskriminierung erlassen haben. Den Krieg der Kulturen, der auf unserem Boden stattfindet, können wir nur durch eine kulturelle Revolution gewinnen. Eine Art *Kulturkampf*.«²¹

FAZIT

Im französischen Präsidentschaftswahlkampf werden zwei Übereinstimmungen zwischen den rechten Kandidat_innen deutlich. So akzeptieren sie erstens wohl oder übel die Zugehörigkeit zur EU und zur Eurozone. Zweitens haben alle die Absicht, das europäische Recht dem französischen unterzuordnen. Péresse schreckt mit Sicherheit vor einer Orbánisierung Frankreichs zurück, während Le Pen und Zemmour den ungarischen Ministerpräsidenten in seinem Land besucht haben und dieses von ihnen als Vorbild angesehen wird.

Die Kandidat*innen der extremen Rechten sind sich darin einig, dass sie die EU auf ein »Europa der Nationen« reduzieren wollen. Jedoch machen beide Europa nicht zum Thema ihrer Wahlkampagnen, da sie darum wissen, dass europakritische Positionen sich gegenwärtig nur sehr schwer stimmungsgewinnend eingesetzt werden können. Zwar haben sie ihre Ideen in Bezug auf nationale Präferenz und Trennung von Europa abgemildert, doch wurde dies durch die Vertiefung ethnizistischer Darstellungen und eine Ausweitung des autoritären Programms aufgewogen.

Auf der anderen Seite tut sich Valérie Péresse schwer damit, sich zwischen Emmanuel Macron und der extremen Rechten zu positionieren. Deshalb richtet sie die Republikaner auf eine Unterstützung der EU aus, möchte aber, dass Frankreich bei wichtigen europäischen Fragen mehr Einfluss hat. Im Vergleich zu 2017 ist die Haltung der Republikaner gegenüber Deutschland heute ge mäßiger; auch hat sich Péresse von der »Ostorientierung« François Fillons abgesetzt.

Obwohl bei den rechten Parteien die Entschlossenheit, die Vorherrschaft des nationalen Rechts erneut einzuführen, in sehr unterschiedlichem Maße vorhanden ist, bremst die Fragmentierung der extremen Rechten ihre Fähigkeit, ein politisches Angebot vorzulegen, das in der Lage sein könnte, die aktuelle Rolle der Europäischen Union wirklich zu hinterfragen.

20 Das Pleven-Gesetz bestraft die Aufforderung zu Diskriminierung, Hass oder Gewalt aufgrund der Herkunft, ethnischen Abstammung, Nationalität bzw. Religion sowie rassistische Beleidigungen und Diffamierung.

21 Zemmour, Éric (2021): *La France n'a pas dit son dernier mot*, Rubempré, Paris.

AUTOR

Nicolas Lebourg ist Historiker und Wissenschaftler am Zentrum für Sozial- und Politikwissenschaft (CEPEL) der Universität Montpellier und Experte für Rechtsextremismus. Er ist am Projekt »Transnational History of the Far Right« des Instituts für Europäische, Russische und Eurasische Studien (Universität George Washington) beteiligt.

KONTAKT

Fondation Friedrich-Ebert

41 bis, bd. de la Tour-Maubourg 75007 | Paris | France

Tel. +33 (0)1 45 55 09 96

Fax: +33 (0)1 45 55 85 62

<https://paris.fes.de>

fes@fesparis.org

Weitere Publikationen des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung:

Tiberj, Vincent

Rechtswende in Frankreich

Gibt es sie wirklich?

(Frankreich vor den Wahlen 2022)

Paris, Februar 2022

Peltier, Jérémie

Müde Gesellschaft

Ein psychisches und politisches Porträt

(Frankreich vor den Wahlen 2022)

Paris, Februar 2022

Lefebvre, Maxime

Europäische Souveränität: Kommentar zu den Ergebnissen der Umfrage in Frankreich

Berlin, 2022

Europäische Souveränität

Analysen zu einer Umfrage

Paris, Juli 2021

Andolfatto, Dominique

Gewerkschaften und sozialer Dialog

Frankreichs Erfahrungen während der Pandemie

Paris, Juni 2021

Maaß, Gero

Rolle vorwärts nach Corona

Können die europäischen Wiederaufbauprogramme in eine Fortschrittskultur münden?

Paris, 2021

Kollektiv OPD2020

Deliberative Demokratie und Ökologie

Eine Bestandsaufnahme des französischen

Bürger_innenkonvents zum Klimaschutz

Paris, April 2021

Schreiber, Benjamin

Gewerkschaftsmonitor Frankreich

Paris, März 2021

Caroline Roussy

Frankreich im Sahel

Warten auf die Europäische Union?

Paris, März 2021

Stern, Verena

Die Profiteure der Angst? Europa

Rechtspopulismus und die COVID-19-

Krise in Europa ; Ein Überblick

Berlin, 2021

IPSOS-Studie für die Jean-Jaurès-Stiftung

und die Friedrich-Ebert-Stiftung

Europäische Souveränität: Fokus Frankreich

Paris, Februar 2021

Nicolas Leron

Regionale Ungleichheit in Frankreich

Debatten und politische Empfehlungen

Paris, Januar 2021

Bruno Ducoudré, Mathieu Plane, Raul

Sampognaro und Xavier Timbeau

Frankreichs Recovery-Strategie

Auf dem Weg in eine klimaneutrale

und digitale Zukunft?

Borgnäs, Kajsa; Kellermann, Christian

Deutschlands Recovery-Strategie

Auf dem Weg in eine klimaneutrale

und digitale Zukunft?

Hadrien Clouet und Catherine Vincent

Home Office in Frankreich

Erfahrungen während der Pandemie

Paris, November 2020

Camus, Jean-Yves

Die Profiteure der Angst? Frankreich

Paris, November 2020

Simon, Edouard

Die deutsch-französischen Beziehungen

Eine Wiederbelebung in schwierigen Zeiten

Paris, November 2020

Finchelstein, Gilles

Sozial-ökologischer Block in Frankreich

Neue Perspektiven für die Präsidentschaftswahl

Paris, Oktober 2020